

(458—3,12)
 zékének f. évi
 f. és 64 kr.
 tésében elna-
 szül. Tarnay
 lajdoni joggal
 22. tjk. sz. a.
 r. háza f. évi
 kor, a városi
 árvereltetni, —
 a becsár meg
 utolsó árverés
 ik napja tüze-
 végrehajtó bi-
 1861.
 János.
 hajtó bír.
 (60—3,3)
 Nr. 42
 mung, be-
 mern mit
 pflaz, all-
 meister da-
 ényye.
 CZ.
 (471—2,3)
 désében
 hoz tartozó
 n lévő, min-
 határos 15
 egymásután
 haszonbérbe
 hó végeig
 sziveskedje-
 lei iránt is
 zien der zur
 selben Ort
 Bräuhaus,
 Oktober d. J.
 4 verpachtet
 d. J. dem
 ch über die
 465—2,3)
 (474—1)
 éröl köz-
 tozó Ma-
 z nagyobb
 (Faschinen)
 ani kivá-
 nga város
 n tartott
 elyett :
 ANOS,
 evschände.

Pränumerations-Preise:

Für Arab:	
Ganzjährig	12 fl. — fr.
Halbjährig	6 — —
Vierteljährig	3 — —
Mit täglicher Postverfendung:	
Ganzjährig	14 fl. — fr.
Halbjährig	7 — —
Vierteljährig	3 — 50
Das Abendblatt pr. Quartal 1 fl. 6 B.	

Uradner Zeitung.

Redaktion
 im Rindler'schen Neugebäude, 1. Stod
**Expeditions- u. Insertions-
 Bureau:**
 Hauptplatz 5. Goldschneider's Buchhand-
 lung.
Einsendungen für das „Journal Aller“
 u. dgl. werden mit 20 Nfr. die Zeile
 berechnet.
Manuskripte werden nicht zurück-
 gegeben.

Nro. 127.

Freitag den 31. Mai 1861. (Abendblatt.)

X. Jahrgang.

Die Adressdebatte im Unterhause.

S. C. Pest, 29. Mai. Nach Vorlegung des Wahlprotokoll des von der Stadt Miskolcz an die Stelle Palóczy's neugewählten Deputirten Josef Szatmári-Királyi wurde die Debatte fortgesetzt. Es sprach zuerst

Ludwig Vadnai für die Adresse, die er nicht für unangeführt hielt, weil man das durch gar kein bestehendes ungarisches Gesetz beweisen kann. Die Adresse könne für die ungarische Nation auch nicht vernünftiger sein, da darin unbestreitbare Rechte gefordert werden. Redner stimmt aber auch nur für eine solche Adresse, welche jedes Feilschen über unsere Rechte ausschließt.

Sigmund Bernáth, der sein Votum für den Beschluß motivirte, sprach aus alter Gewohnheit von Deák stets als „der geehrte Tábllabiró“ anstatt „der geehrte Repräsentant“. Er zog eine Parallele zwischen der Politik der konstitutionellen ungarischen Regierung des Jahres 1848 und der von der österreichischen Regierung während der verfloßenen 12 Jahre befolgten Politik, und stellte die Gerechtigkeitsliebe, Offenheit und Befonnenheit der ersteren, das zwecklose ungerechte Verfahren der österr. Regierung gegenüber.

Emerich Csengeri unterstützte Deák's Motion. Nach ihm stimmte Alexander Almásy aus größtentheils bekannten Gründen für den Beschluß.

Maximilian Ragályi spricht sich dem Wesen und der Form nach für die Deák'sche Adresse aus. Er warnt aber die zufällige papierdünne Scheidewand, welche jetzt die zwei Parteien betref der Formfrage scheidet, nicht in eine eiserne umzuwandeln. Er sagt, daß die Geduld des Hauses, außer den 7 oder 8 Tagen Vorkonferenzen, jetzt schon 16 Tage von der Adressdebatte in Anspruch genommen werde, und daß, wenn noch alle Vorgezeichneten sprechen wollten, die Debatte vielleicht noch drei Monate dauern könnten.

Präsident Ghyecz unterbricht den Sprecher mit der Bemerkung, daß er zwar nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Redner einen Antrag vor das Haus bringen wolle, jetzt aber im Laufe der Berathung möge er von der Tagesordnung nicht abweichen.

Ragályi fährt fort, indem er sagt, daß dies zu seinem Antrag gehöre. Er sagt, wenn das Haus Monate lang über eine Formfrage debattiren wollte, während das Land Abhilfe in einer Menge wichtiger Angelegenheiten erwartete, so werde sich die Theilnahme des Landes für den Landtag in Theilnahmlosigkeit und die Hoffnungen desselben in Verzögerung verwandeln. Er beantragt daher, für die Debatte einen Termin festzusetzen (mehrere Stimmen: „das kann nicht geschehen“); weiters die schon seit längerer Zeit sich häufenden Verifikationsfälle nachträglich eingetrossener Vertreter, über welche die Verifikations-Kommission noch keine Berichte vorgelegt, zunächst vorzunehmen, damit alle Vertreter an den Berathungen teilnehmen können.

Präsident Ghyecz erwidert hierauf, daß die Debatte noch keine 16 Tage laufe, daß ferner bei der Verifikations-Kommission nur die heute und gestern eingelaufenen Wahlprotokolle zur Berichterstattung liegen und daß die Debatte wohl lange währe, aber bei der Wichtigkeit der Sache es ihm natürlich erschiene, selbst wenn sämtliche Vertreter ihre Ansichten darüber aussprechen wollten. Da aber der Zweck des Hauses nicht sei, nur zu debattiren, sondern auch endlich zu beschließen, so wolle er, wenn das Haus gestattet, seinerseits, wenn die Sache schon allseitig erörtert erscheint, entweder die Redner ersuchen, sich auf die möglichste Kürze zu beschränken, oder von ihrem Rechte zu reden, ganz abzusehen; einwilligen aber solle die Debatte fortgesetzt werden. Die Erklärung des Präsidenten wurde mit stürmischen Clenrufen angenommen.

Ladislav Bözörmenyi sieht in den schweren Leiden des Vaterlandes die Rache des Himmels dafür, daß unsere Ahnen nicht Johann Corvin (den natürlichen Sohn des Königs Mathias Corvinus) zu ihrem König gewählt, und die Krone dem Hause Habsburg, dieser Verkörperung des Undanks angeboten haben. Nach der Ansicht des Redners ist der gegenwärtige Landtag die einzige und gesetzliche souveräne Gewalt im Lande. Man könne weder der Adresse noch dem Beschluß einen positiven Erfolg zuschreiben; der Beschluß indeß hätte, wenn ohne Meinungsverschiedenheit und mit vollkommener Einmüthigkeit votirt, einen großen Erfolg gehabt, und — die Tyrannei in Wien hätte gebebt. Redner sieht nicht im Beschluß sondern

in der Adresse ein Mißver. So sei es die Gefährdung eines Interesses, daß in der Adresse dem regierenden Herrscher ungebührlich, dem als Ausgangspunkt dienenden Prinzip entgegen, der königliche Titel beigelegt wird; — ferner sei es riskirt zu behaupten, daß die despotische Gewalt den konstitutionellen Boden betreten habe, da wir doch nicht einmal beim 20. Oktober sind; — in die gleiche Kategorie setzt schließlich der Redner den Umstand, daß nach dem Adressentwurf die Nachbesserung der Thronentsagungs-Urkunden beinahe nur nebenbei gefordert wird. Im Allgemeinen verlangt der Redner, daß erst jener Theil der Verträge wieder hergestellt werde, der uns Rechte und Garantien gibt, dann erst mögen jene Verträge an die Reihe kommen, welche dem Herrscher Garantien bieten. Redner vertaucht im Entwurf die Erwähnung des III. A. 1791, welchen in den bisherigen Adressen kein einziges Komitat ausgelassen hat. Er hält es für eine übertriebene Nachgiebigkeit der 12-jährigen Tyrannei gegenüber, wenn wir — ohne die Befreiung des faktischen Herrschers abzuwarten, wie sich denn auch Josef II., Franz I. beehrten, ihm die Krone, wenn auch bedingungsweise, vorhinein anbieten und sein Erbrecht unbedingt bestätigen. — Ungarn sei stark genug, um den Beschluß auszusprechen zu dürfen, denn Oesterreich sei nach innen wie nach außen schwach, während Ungarn in den letzten 12 Jahren durch Einmüthigkeit, durch die Sympathien des Auslands und den herrschenden Zeitgeist erstarkt ist.

Paul Molnár erklärt sich für die Adresse und bemerkt auf die Erklärung des Präsidenten, er werde seiner Zeit zur Beendigung der Berathung einen Termin festsetzen, daß dazu nur das Haus das Recht hat.

Der Präsident erwidert, er habe nur gesagt, er werde den Termin beantragen und nicht festsetzen.

Es sprachen noch Latinovics für Beschluß, Bar. Béla Bay für Adresse, und Gr. Stefan Batthyány für Beschluß.

P. C. Wien, 29. Mai. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Anfang 10¹/₄; Präsident: Dr. Hein. Minister: Schmerling, Widenburg, Pratebovera, Meszéry, Laffer, Rechberg, Willersdorf. Nach Genehmigung des Protokolls verliest der Präsident folgende Interpellationen:

I.) von Krusa und Genossen an den Handelsminister bezüglich der Elbekonferenzen;

II.) von Riccabona an den Polizeiminister: Im vorigen Sommer wurden mehrere angefehene Bürger in Südtirol insgeheim ausgehoben und internirt, dies ging wohl an, so lange Oesterreich ein Polizeistaat war, mit einem Rechtsstaat ist dies aber unverträglich. Welche Anstalten habe das Ministerium zu einer freien Rückkehr dieser Personen getroffen? Der Frh. v. Meszéry erklärt, in einer der nächsten Sitzungen sie zu beantworten;

III.) an das Gesamtministerium. Der Ausschuß für den Litwinowicz'schen Antrag hat diesen für eine innere Angelegenheit erklärt, Minister Plener ist dieser Auffassung entgegengetreten, hat er das im Namen des Gesamtministeriums gethan, und warum hat er erst nach der Abstimmung das Wort ergriffen? Diese Interpellationen und die folgenden sind nicht rechtzeitig dem Ministerium übergeben worden, bleiben daher von den Ministern unbeantwortet,

IV.) von Bachhofer, warum das Gesetz über das Vergleichsverfahren nicht eingebracht wird;

V.) ob das Ministerium die Aufhebung der Verzehrungssteuer von Wein und Most beabsichtige.

Auf der Tagesordnung ist das Gesetz über die Unvergleichlichkeit der Abgeordneten. Nachdem die Berichterstatter der Majorität und Minorität ihren Vortrag beendet hatten, aus welchem hervorzuheben ist, daß der Staatsminister in einer Komitetsitzung die Erklärung abgegeben hat, daß der Reichsrath in seiner heutigen Zusammensetzung zu Aenderungen in der Verfassung nicht kompetent ist, wird die allgemeine Debatte eröffnet.

Dr. Mühlfeld schlägt vor, daß die Unvergleichlichkeit der Mitglieder des Landtages in einem eigenen Paragraphen ausgesprochen werde, da sonst die Textirung unpassend ist.

Dr. Smolka erklärt, er gehe immer mit einer gewissen Beflemmung in den Reichsrath, weil er über die Natur desselben nicht ins Klare kommen könne. Er sagt dieses nicht aus Opposition, im Gegentheil, eine Belehrung wäre ihm sehr erwünscht. Die Regie-

rung thue aber gar nichts die Situation aufzuklären, sie fordere nicht die Ungarn auf den Reichsrath, zu beschicken, sie fordere nicht Kroatien, Siebenbürgen auf, den ungarischen Landtag oder den Reichsrath zu beschicken, und so ist die Versammlung weder gesamtter Reichsrath, noch Enger noch Engster, sie ist gar nichts. Wenn aber der Reichsrath in dieser Zusammensetzung sich zu Erörterung von Verfassungsfragen, wofür Redner das Gesetz halte, sich unkompetent glaube, so möge er andere Fragen in Angriff nehmen, z. B. die Geschäftsordnung, (Heiterkeit) oder um nicht in fruchtloser Thätigkeit die Zeit zu vergeuden, wäre es besser nach Hause zu gehen, wo eines jeden Abgeordneten noch so viele und dringende Aufgaben harren. Die Rede erhält an vielen Stellen den ungetheilten Beifall des Hauses.

Bevor die Berichterstatter zu ihren Schlussvorträgen das Wort erhalten, erörtert Schmerling noch einmal den Standpunkt der Regierung, und bringt im Wesentlichen dieselben Argumente vor, mit denen er das Gesetz bei seiner Einbringung begründet hatte.

Dr. Prazaik, Berichterstatter der Minorität, bemerkt in seinem Schlussvortrage, Oesterreich wäre ein Europa im Kleinen, und ebenso wie es ungeräumt wäre, einen Verfassungsausschuß für ganz Europa zur Ausarbeitung einer Konstitution nieder zu setzen, ebenso wäre es auch die Uniformität von Gesetzen für das ganze Oesterreich zu dekretiren.

Dr. Kaiser bemerkt, wie wünschenswerth es in einer Zeit, wo souveräne Staaten eine einheitliche Gesetzgebung anstreben, wäre, wenn auch die Provinzen Oesterreichs den Grundsatz der Rechtsseinheit zu dem ihren machen wollten. Hierauf wird die allgemeine Debatte geschlossen und die nächste Sitzung für Samstag anberaumt.

* **Arab, 31. Mai.** (Zur Situation.) Wie unsere Leser aus dem heutigen Landtagsberichte erfahren, ist nun auch von einem Deputirten (Ragályi) der Beschluß der allgemeinen Debatten in der Adressfrage angeregt, dies aber von der Beschlußpartei nicht günstig aufgenommen worden. Nichtsdestoweniger ist nach uns aus Pest zukommenden Nachrichten zu erwarten, daß die allgemeine Debatte morgen (Samstag) ihren Abschluß finden wird, nachdem auch in den Privatkonferenzen sich viele Stimmen hierfür ausgesprochen haben. Das Oberhaus dürfte dann Anfangs kommender Woche seine Berathungen aufnehmen, und wenn die Adresse in beiden Häusern durchgeht, dieselbe bis kommenden Samstag votirt sein, worauf sich eine glänzende Deputation beider Häuser nach Wien begeben dürfte, um die Adresse Sr. Majestät zu überreichen. — Ueber die gegenwärtige Stellung der beiden Parteien sagt „M. S.“: Wenn die vorläufigen Berechnungen nicht täuschen, so verfügt die Beschlußpartei im gegenwärtigen Augenblicke über eine Majorität von 12—15 Stimmen, indeß kann man in dieser Beziehung bis zum letzten Augenblicke nichts Gewisses sagen. Die gegenseitigen Capacitationen sind an der Tagesordnung, und vielleicht in Privatzielen noch mehr als in den öffentlichen Sitzungen. Ein Argument der Adresspartei ist noch nicht widerlegt worden, nämlich, daß die Regierung genöthigt sein wird, auf eine direkte Anfrage eine direkte Antwort zu geben. Und wenn diese Antwort verneinend ausfallen wird, so wird die in's Schach gerathene Regierung genöthigt sein zu Motiven Zuflucht zu nehmen, mit welchen sie weder vor dem Lande, noch vor dem liberalen Europa bestehen kann.

Einer in Wien vor einigen Tagen erschienenen Broschüre „die Frage des Augenblicks“ wird ein offizieller Ursprung beigelegt, ja dieselbe sogar als das Ultimatum Schmerlings bezeichnet. Ihre Schlussworte, die das höchste Maß der vorläufig Ungarn zu gewährenden Konzessionen enthalten, lauten im Wesentlichen wie folgt: Die im engeren Reichsrathe vereinigten Völker können es fassen und begreifen, daß der Kaiser als König von Ungarn sich krönen lasse, daß derselbe die eigenthümliche ungarische Landesverfassung beschwöre, daß er nur mit dem ungarischen Landtage alle, die politische und Justizverwaltung, sowie die Besteuerung zur Befreiung der selbstständigsten Administration regelnden Gesetze vereinbare, und daß er nur mit ungarischen auf dem dortigen Landtage verantwortlichen Ministern und einem Palatin als Statthalter daselbst regiere. Die ungarische und siebenbürgische Hofkanzlei und das kroatische Hofkassasterium hatten ja bisher eigentlich auch die Stellung solcher Ministerien.

Sie können es zugeben, daß die Umlage der Heeresergänzung in der auf die ungarischen Kronländer treffenden Quote, und des Antheils an den allgemeinen Reichserfordernissen dem ungarischen Landtage anheim gegeben werde; sie können zugeben, daß, um einerseits das in Ungarn so verhasste Tabakmonopol und ungewohnte Erzeugungssteuern aufzulassen und andererseits die Wiedererrichtung der unheilvollen Zollschranken zu vermeiden, die umfassendsten Entzweitungen und Ausgleichungsversuche gemacht werden. Sie können es, wenn gleich mit schwerem Herzen und in der Zuversicht auf eine durch das Bedürfnis herbeigeführte baldige verschiedenen Justizeinrichtungen nach Art der alten Landtagsartikel vor der Hand nicht mehr der sofortige gegenseitige Vollzug richterlicher Erkenntnisse werde eintreten.

Allein was sie nicht fassen und begreifen können, ist: wie ein unverantwortlicher Palatin, das ist ein „alter Rex“ aus der Verfassung herauswachse, wie das Einem Kriegsherrn unterstehende Heer, wie die Reichsfinanzien und die auswärtigen Angelegenheiten Oesterreichs von je zwei verschiedenen selbstständigen, einem ungarischen und einem nicht-ungarischen, Fachministern sollten geleitet werden?

Sie geben zu und wünschen, daß in billiger Rücksicht auf die hohe Bedeutung und das Gewicht der Länder der ungarischen Krone, für diese unheilbaren Reichsministerien auch auf die Betheiligung ungarischer Persönlichkeiten Bedacht genommen werden solle; allein diese Reichsminister, und so weit in Reichsangelegenheiten die übrigen speziell ungarischen und außer-ungarischen Minister betheiligt werden, das Gesamtministerium kann nur der vollen Reichsvertretung in jenen gemeinsamen Fragen verantwortlich gegenüberstehen.

Die Broschüre beantragt sodann, daß die Ungarn mittelst einer Deputation ihres Landtages rasch in die Verhandlung eintreten sollen. Wir werden — heißt es weiter — sie mit offenen Armen empfangen und sie werden die Ueberzeugung gewinnen, daß sie, ohne ihre eifervollständig gehütete vollkommene Selbstständigkeit zu beschädigen, über jene Reichsangelegenheiten im eigenen Interesse gemeinschaftlich mit uns tagen können.

Wir können mit Rücksicht auf den uns zu Gebote stehenden geringen Raum uns in keine längere Erörterung dieses schon wegen seiner Nachgiebigkeit und verständlichen Sprach: höchst beachtenswerthen Vorschlags, einlassen, können jedoch nicht umhin zu bemerken, daß in demselben ein wesentlicher Theil der Rechte und Ansprüche Ungarns seine Anerkennung findet, daß die volle Autonomie Ungarns bezüglich der Administration und Justiz zugesprochen, daß sogar ein dem ungarischen Landtage verantwortliches Ministerium bewilligt, die Aufhebung aller Monopole und der lästigen indirekten Steuern in Aussicht gestellt, das Steuer- und Rekrutenbewilligungsrecht, wenn auch noch in beschränkter Weise, dem ungarischen Landtage gewahrt, endlich ein Theil der Portefeuilles im Reichsministerium ungarischen Persönlichkeiten verliehen werden soll. Dagegen fordert man nun eine Betheiligung an der gemeinsamen Reichsvertretung, welcher allein jene Reichsminister verantwortlich sein sollen.

Aus Wien, 28. Mai, schreibt man dem „F. L.“ von „einem höchst originellen Plane“, der, wenn er sich bewahrheiten sollte, was wir jedoch bezweifeln, auf die Deroute in den österreichischen Finanzen ein neues Schlaglicht werfen würde. — Da nämlich die Steuereintreibung in Ungarn nicht von dem gewünschten Erfolge begleitet ist, soll Hr. v. Plener die Erklärung abgegeben haben, daß er nicht länger in der Lage sei, die ungarischen Bedürfnisse aus Reichsmitteln zu decken; er wolle also die Kassen des Finanzministeriums der ungarischen Verwaltung verschließen. — Andererseits theilt die „Presse“, die in finanziellen Kreisen verbreitete Nachricht mit, daß das Finanzministerium mit süddeutschen Bankiers über eine Silberanleihe von circa acht Millionen unterhandelt. Indessen werde ein Abschluß nicht erfolgen, bevor die Reichsvertretung dazu ihre Zustimmung gegeben. Verfassungsgemäß ist aber der Reichsrath in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung über Finanzangelegenheiten durchaus nicht kompetent, da diese als allgemeine Angelegenheiten behandelt werden müssen. Es bleibt sonach noch fraglich, ob der gegenwärtige Reichsrath sich in Finanzsachen für kompetent erachten wird.

Vom kroatischen Landtage wird unterm 29. telegrafirt: Heute fand die Fortsetzung der Diskussion wegen des Militärgränz-Komités statt. Der betreffende Antrag wurde einstweilen zurückgezogen. Eine Zuschrift des Hofkammerpräsidenten an den Ban meldet, daß Se. Majestät die Vertretung des Peterwardeiner Grenzgrenzes am Landtage nicht bewilligt habe. Die diesfällige Intimation wurde an die Sektionen gewiesen. Die Repräsentation des Landtages an Se. Majestät wegen Ausschreibung Zeugnis aus dem Militärgränz-Verbande und wegen Vereinigung und

Vertretung Dalmatiens und der quarnerischen Inseln wird vorgelesen und angenommen. Der Ban forderte die Sektionen auf, die Verathung über die königlichen Propositionen, welche sich auf das Verhältniß Kroatiens zu Ungarn und zur Gesamtmonarchie beziehen, so gleich zu beginnen.

Aus Ragusa, 18. Mai, schreibt man dem „Pozor“: Unsere Schritte und Tritte werden gemessen und alle unsere Worte gezählt. Der niedrigste Beamte erdreißet sich, mit Fesseln und Gefängniß und Galgen zu drohen. Gestern ward der allgemein geliebte und geachtete Pfarrer H. Savranic rücksichtslos mit Fesseln belegt durch die Straßen der Stadt wie ein gemeiner Verbrecher nach dem Gefängniß abgeführt. Man erzählt sich, daß bloß aus Konablje 20 Mann auf der Liste stehen, die ein gleiches Los erwartet. Viele aus diesem Orte sind schon über die Grenze, wie es verlautet, nach Cetinje geflohen, und was uns bevorsteht, weiß ich nicht zu sagen, andere bemerken nur, daß die Bureaokratie, der Ungarn und Kroatiens die Kraft gebrochen, Rache an uns nehmen will.

— 19. Mai. Drei von den vornehmsten Konabljern, darunter M. Klac, unser Deputirte auf dem dalmatinischen Landtag und ein siebenzigjähriger Greis, sind heute nach einem einzigen Verhöre in Eisen geschlagen nach Zara abgeführt worden. H. B. Nikolic hat bloß durch Veröffentlichung einer Broschüre gegen N. Tommaso sein Amt als Gerichtsschreiber verwirkt.

Aus dem Königreiche Polen wird wieder der Beginn, wenn auch leise auftretender Demonstrationen gemeldet. Aus Berlin, 29. Mai wird nämlich telegrafirt:

Gestern und vorgestern fanden in Warschau vor der Karmentler-Kirche Konflikte zwischen dem Publikum und der Polizei wegen der Notirung der Theilnehmer an der Absingung von Hymnen statt. Herbeigeeilte Gendarmen stellten die Ruhe wieder her. An den Straßenecken wurde ein Aufruf des Stellvertreters des Statthalters angeheftet, in welchem zur Ruhe ermahnt wird, widrigenfalls strenge Maßregeln ergriffen werden müßten.

Weiters wird gemeldet: Die oberste Zivilverwaltung im Königreiche Polen wurde dem Kriegsgouverneur Merchelewicz übertragen. Fürst Gortschakoff befindet sich etwas besser; er soll auf ein Jahr beurlaubt sein. Es wird behauptet, Platanoff und Karvicki seien entlassen worden; letzterer ist sammt Gemalin auf seine Güter in Pithaven gereist. — Aus Warschau 26. Mai wird geschrieben: Der Fürst-Statthalter ist bedeutend erkrankt; man spricht von einem Schlaganfall.

Heute Nachmittag fand im sächsischen Garten eine bezeichnende, aber sehr ungefährliche Demonstration statt. Eine Anzahl junger Männer durchschritt mit Eylinderhüten die Hälfte der Hauptallee; auf dem Rondel in der Mitte des Gartens angekommen, warfen sie ihre Hüte zur Erde und setzten an deren Stelle die jetzt in Aufnahme kommenden ungarischen Mützen auf. Da der Garten um diese Stunde stark besucht war — wir hatten seit längerer Zeit wieder den ersten angenehmen Tag — so schaute eine Menge Personen dem eigenthümlichen Schauspiel zu. — Sonst nichts Neues.

Aus Paris, 27. Mai, wird den „Hamb. Nachr.“ telegrafirt: Dem Vernehmen nach steht demnächst die förmliche Anerkennung des Königreiches Italien bevor und zwar durch ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers an Viktor Emanuel. — Wie man sagt, soll das Lager von Chalons in zwei Armeekorps getheilt werden: das eine für den Angriff und das andere für die Verteidigung; ersteres unter dem Befehl des Divisionsgeneral Forez und letzteres unter demjenigen des Divisionsgeneral Ladmiraull. Den Oberbefehl über die Operationen wird der Herzog von Magenta führen. Das Lager bestände zusammen aus 40,000 Mann, 7000 Pferden und 62 Kanonen.

Im Zusammenhange mit der obigen Mittheilung wird aus Turin 25. Mai geschrieben: Daß Frankreich endlich ernstlich an die Anerkennung des Königreiches Italien denke, will man aus der Einladung, die dem Grafen Cavour von Paris aus zugekommen, schließen. Der italienische Staatsmann wird nach dem Schlusse der italienischen Parlamentsitzungen die Reise antreten und nicht bloß Paris, sondern auch London besuchen. Der Anerkennung Italiens von Seiten des Kaisers Napoleon steht übrigens noch immer die römische Frage im Wege, da, wie wir gemeldet haben, Cavour die französischen Lösungsvorschläge nicht angenommen hat. Die „Independance Belge“ will nun aber wissen, Frankreich habe seine Bedingungen wegen der Räumung Roms in Form eines Ultimatums wiederholt, so daß Cavour vor dem Dilemma stehe, entweder den jetzigen Bestzustand des Papstes anzuerkennen und zu schützen, Italien folglich seiner natürlichen Hauptstadt Rom auf immer zu berauben, oder aber im Patrimonium Petri auf unbestimmte Zeit eine ausländische Besatzung dulden zu müssen. Wenn dies wirklich der dermalige Stand der Dinge ist, so sind allerdings die Mittel der schriftlichen Verhandlungen erschöpft und nur eine mündliche Unterredung kann eine neue Lösung anbahnen.

Die mehrfach besprochene Angelegenheit der ungarischen Legion — schreibt man von eben daselbst — ist lange nicht so bedeutend, als man gesagt hatte. Es handelt sich um einzelne Unordnungen und Vergehen gegen die Subordination, die durch die Unpopulärheit des Kommandanten der Legion, des Generals Better, hervorgerufen waren. Einige Offiziere sind nach Turin geschickt worden, wo sie vor einem Disziplinargericht, nicht aber vor einem Kriegsgericht sich zu verantworten haben. Was aber die Verhaftung des Obersten Alex. Gal anbetrifft, so gehört dieser, obgleich ungar, nicht zur Legion. Er hat überhaupt nichts in politischer, sondern in rein korrektoneller Beziehung sich zu Schulden kommen lassen.

Aus Turin, 25. Mai, wird dem „Vaterland“ gemeldet: Die Regierung hat die Anstifter der in Mailand vorgefallenen Unruhen entdekt. Man will bereits wissen, daß es österreichische Agenten seien, obgleich unter den Verhafteten sich mehrere exaltirte Republikaner befinden. Die kürzlich in Palermo und Catania festgenommenen Individuen sollen sämmtlich der mazzinistischen Partei angehören. — Man glaubt allgemein, daß nach dem 5. oder 6. des nächsten Monats die Kammer nicht mehr in beschlußfähiger Zahl vorhanden sein wird und deshalb vertagt werden muß. — Der Bize-Gouverneur der Insel Sardinien hat in die in Saffari erscheinende Zeitung „La Costituzione“ mit gesperter Schrift folgende Erklärung einrücken lassen: „Ich erkläre, aus höheren Orts ertheilter Ermächtigung, als vollkommen falsch, daß obgleich das Gerücht hierüber in allen Zeitungen verbreitet ist, niemals die Rede von einer Abtretung Sardinien an Frankreich oder an irgend eine andere Macht war.“

Turin, 26. Mai. Garibaldi hat folgende Antwort auf eine Adresse ertheilt, welche ihm die Bewohner von Castellonovo in Montagna übersandt hatten:

„Die Debatte ist beendet; ich bin wieder der Freund des Generals Cialdini geworden. Es bleibt mir nur noch die Erinnerung an Eure wohlmeinenden Worte und an Eure Italiens würdige Gedanken übrig.“

„Ich benütze diese Gelegenheit, um Euch einige Mittheilungen über die brudermörderischen Handlungen der unglücklichen Komodie zu senden, welche in diesem Augenblick in Rom gespielt wird, und mit welcher die Italiener endlich einmal ein Ende machen sollen.“

„Ich werde glücklich sein, wenn Sie dieselben Gedanken haben wie ich.“

London, 29. Mai. In der gestrigen Unterhausitzung hat Lord John Russell die Korrespondenz mit Nordamerika über die Trennung der Südstaaten vorgelegt und erklärt, England müsse die Blockade anerkennen, wenn sie den internationalen Gesetzen entspricht.

Athen, 28. Mai. (Ueber Paris.) Mehrere Offiziere wurden verhaftet und Hausdurchsuchungen vorgenommen. Es herrscht Beunruhigung wegen des Gerüchtes, Frankreich und England werden im Falle von Wirren Griechenland besetzen.

New-York, 18. Mai. Massachusetts votirte drei Millionen für den Krieg. Maryland will die „Union“ verteidigen. Es wird ein Angriff von den Südstaaten in großem Maßstabe erwartet. Davis kommandirt persönlich.

Urad, 31. Mai. Nachdem vorgestern in einem Theile der innern Stadt von Finanzwachmännern an verschiedene Parteien geschriebene Mahnungen (Intés) vertheilt wurden, welche zur Entrichtung der Steuer binnen 48 Stunden bei zu gewärtigender Militärexekution aufforderten, so haben heute Morgens diese in der That ihren Anfang genommen, wodurch auch unser sonst so friedliches hiesiges Redaktionsbureau einen ernst-kriegerischen Anstrich erhielt, da es durch die aus 12 Mann bestehende Exekutionsmannschaft, mit welcher wir bedacht wurden, ein eigenthümliches Lastr erhielt. Nun, wir hoffen mit unsern Gästen schon friedlich auszukommen. — Was die vorerwähnten Mahnungen betrifft, so ist es aufgefallen, daß auf denselben weder das Amt bezeichnet war, von welchem aus sie erlassen wurden, noch war auch auf ihnen die Unterschrift irgend eines Beamten ersichtlich.

* Die in Nr. 124 d. Bl. von uns nach dem „M. D.“ gebrachte Notiz, nach welcher der Ortlicher in dem benachbarten Ologovac die am 16. zur Steuereintreibung angekommenen 8 Mann Militär und 3 Steuerkommissäre auf die Gefahr aufmerksam gemacht haben soll, welche sie liefen, wenn sie Gewalt anwenden würden, da eben Kirchtag und viel Landvolk versammelt sei; so wie ferner die Behauptung, daß Verköstigung und Vorspann verweigert und die Mannschaft „unverrichteter Dinge und zu Fuß abgezogen“ genöthigt gewesen wäre, diese ganze Mittheilung entbehrt, wie wir von kompetenter Seite erfahren, jeder Begründung; da nach amtlich gepflogener Erhebung konstatiert ist, daß weder bei Bequartierung der Mannschaft, noch auch bei Beistellung der nöthigen Vorspannswägen, der geringste Anstand vorgekommen ist.